

**Wählergemeinschaft
Unabhängige
Bürger
Schwerin**

Wer wir sind

-

Was wir wollen

beschlossen am 22.01.2014

Unabhängige Bürger – wer sind wir?

Seit dem Jahr 2004 gestalten wir - eine zunächst nur lose organisierte Gruppe von parteilosen Mandatsträgern in der Schweriner Stadtvertretung - die Entwicklung unserer Heimatstadt Schwerin mit.

Im Jahr 2009 haben wir uns zur Wählergemeinschaft „Unabhängige Bürger Schwerin“ zusammengeschlossen, um zur Kommunalwahl in der Landeshauptstadt erstmals mit einer gemeinsamen Liste und nicht als Einzelkandidaten anzutreten. 11 % der Schweriner Wählerstimmen haben wir bei dieser Wahl erhalten. Seitdem sind wir mit fünf Mandaten viertstärkste Kraft in der Schweriner Stadtvertretung.

Einige unserer Mitglieder sind zugleich aktiv in der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern, die als landespolitische Vertretung aller parteipolitisch unabhängigen Gruppierungen erstmals im Jahre 2011 bei der Landtagswahl antrat und einen Achtungserfolg erzielen konnte. Das Schweriner Modell der „Unabhängigen Bürger“ oder ähnliche Formen gibt es in zahlreichen Städten und Dörfern unseres Landes – und es werden immer mehr.

Wozu braucht Schwerin eine Wählergemeinschaft?

Studien belegen: 80% der Bundesbürger würden sich gern mehr in politische Entscheidungsprozesse einbringen, aber nur 20% glauben, dass dieses Engagement der Bürger von den politischen Parteien gewollt ist. Wir „Unabhängige Bürger“ sind der festen Überzeugung, dass politische Mitgestaltung in den Gemeinden weder Parteiprogramme noch Parteien an sich voraussetzt. Nur wenige Entscheidungen auf kommunaler Ebene erfordern überhaupt eine politische Einstellung oder ein politisches Bekenntnis. Die meisten kommunalpolitischen Fragen sind ausschließlich sachorientiert, und vor allem mit gesundem Menschenverstand zu beurteilen.

Parteien erfüllen eine wichtige Rolle im Staatswesen der Bundesrepublik. Verfassungsrechtlich korrekt ausgedrückt, wirken sie an der Willensbildung des Volkes mit. Mit dieser Formulierung „wirken ... mit“ lässt das Grundgesetz aber ganz ausdrücklich und gewollt Raum für andere Formen der politischen Mitgestaltung. Da ist zunächst die unmittelbare Entscheidung durch Wahlen. Aber auch über Sachthemen können die Deutschen selbst entscheiden, etwa in Form von Bürgerbegehren oder Volksabstimmungen.

Diese urdemokratische Entscheidungsformen werden nach unserer Auffassung leider viel zu selten praktiziert, auch in Schwerin. Schließlich aber sind die vielen Wählervereinigungen, Bürgerinitiativen, Bürgervereine in unserem Land oder auch beispielhaft die bundesweit bekanntgewordene Protestbewegung „Stuttgart 21“ Beweis dafür, dass die Bürger ihre Geschicke zunehmend selbst in die Hand nehmen wollen und nicht mehr den Parteien die alleinige Gestaltungskompetenz zusprechen.

In diesem Sinne verstehen wir unser politisches Angebot als eine Alternative für Schweriner, die sich von den etablierten Parteien nicht oder nicht mehr vertreten fühlen oder vertreten lassen wollen. Mit unserem Angebot jenseits der Parteistrukturen wollen wir auch verhindern, dass extremistisches Gedankengut – gleich ob von links oder rechts – immer mehr Raum gewinnt.

Wie arbeiten wir?

Mit einer anfangs nur lose organisierten Gruppe von parteilosen Mandatsträgern haben wir seit der Kommunalwahl 2009 **Fraktionsstatus**. Seitdem waren wir mit zunächst fünf Stadtvertretern in der Schweriner Stadtvertretung vertreten. Nachdem sich ein weiterer Stadtvertreter unserer Fraktion angeschlossen hat, verfügen wir nun über sechs Sitze in diesem Gremium. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Arbeit. Denn aus diesem Status leiten sich für uns umfangreiche eigene Rechte ab. Insbesondere können wir stimmberechtigte Vertreter in Gremien der Stadtvertretung entsenden. Von diesen Rechten machen wir im Sinne unserer Ziele regen Gebrauch. So werden inzwischen auf jeder Sitzung der Stadtvertretung Anträge unserer Fraktion beraten. Insgesamt haben wir von 2009 bis zum Dezember 2013 rund 140 Antragsinitiativen in die Stadtvertretung eingebracht. Hinzu kommen in diesem Zeitraum ca. 150 Anfragen an die Stadtverwaltung, mit denen wir einzelnen Sachverhalten nachgehen.

Mit unseren Beschlussvorlagen für die Stadtvertretung als höchstes Entscheidungsgremium der Landeshauptstadt und unseren Anfragen wollen wir bestimmte Entwicklungen herbeiführen. In zahlreichen Fällen ist es uns in den letzten Jahren gelungen, mit guten Ideen einen Mehrheitsbeschluss der Stadtvertretung zu erreichen. Daneben diskutieren wir auch die Verwaltungsvorlagen oder die Initiativen der anderen Fraktionen. Unsere Argumente, manchmal Änderungs- oder Ersetzungsanträge und schließlich unsere Stimmen fließen so in vielfältige Entscheidungen der Stadt ein.

Die Fraktion „Unabhängige Bürger“ besteht aber nicht nur aus den bei der Kommunalwahl gewählten sechs Stadtvertretern. Zu uns gehören derzeit auch 14 sogenannte **Sachkundige Einwohner**. Diese Bürger der Stadt haben wir für die kommunalpolitische Arbeit in den Fachausschüssen der Stadtvertretung gewinnen können. So vertreten dort z.B. eine Kita-Leiterin, eine Verkäuferin, ein Gastronom, Verwaltungsfachleute oder Ingenieure mit ihrem beruflichen und persönlichen Erfahrungsschatz unsere Fraktion und damit unsere Wähler.

Schließlich - und dies ist uns besonders wichtig – sind wir auch in **allen Ortsbeiräten**, den Ortsteilvertretungen in den Schweriner Stadtteilen, vertreten. In diesen Gremien stellen wir auch mehrere Vorsitzende.

Zu unserer Arbeit gehört es seit langem auch, die Einrichtungen unserer Stadt zu besuchen und uns dort sachkundig zu machen. Unsere bewährte Veranstaltungsreihe „UB-Fraktion vor Ort“ ermöglicht uns und unseren Gästen vielfältige und interessante Einblicke in das Schweriner Leben - vor und hinter den Kulissen.

Zur Unterstützung unserer Arbeit haben wir eine **Fraktionsgeschäftsstelle** eingerichtet, die sich um alle organisatorischen Belange kümmert und für Bürgeranliegen stets offen steht.

Was haben wir bisher erreicht?

Wir haben den Schweriner Bürgern eine starke Stimme in der Stadtvertretung verschafft, ganz gleich, ob sie eine Partei oder uns gewählt haben. Unser Ziel ist es, sachgerechte Lösungen für die Probleme der Stadt und ein bürgerfreundliches Verwaltungshandeln zu erreichen.

Wir haben zahlreiche Anträge in die Stadtvertretung eingebracht und damit Akzente für die städtische Entwicklung gesetzt. Im Ergebnis vieler Anträge mussten die Oberbürgermeisterin und „ihre“ Verwaltung Konzepte erstellen oder bestimmte Entscheidungen herbeiführen. Beispielhaft sollen hier angeführt werden:

- Frühzeitige Beteiligung von Bürgern und Ortsvertretungen bei Bau- und Genehmigungsvorhaben oder anderen wichtigen Entscheidungen im Ortsteil,
- Verbesserung von Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt (z.B. durch Verschärfung der städtischen Hundehalterverordnung, Rücknahme der Abschaltung von Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet),
- Rauchverbot in städtischen Einrichtungen (weit vor bundesgesetzlicher Regelung),
- Mindestlohn bei städtischen Vergaben,
- Erhalt von Wertstoffsammelplätzen im Stadtgebiet,
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung,
- Bessere Berücksichtigung der Interessen von Behinderten / Barrierefreiheit (z.B. im Zoo),
- Einrichtung von Hol- und Bringezonen vor Schulen und Kindereinrichtungen,
- Mitwirkung der Einwohnerschaft und der Kinder bei Neuanlage und Umbau von Spielplätzen,
- Öffentliche Ausschreibung der Stelle „Beigeordneter für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr“.

Nicht immer waren unsere Initiativen von Erfolg gekrönt. Hier sollen beispielhaft folgende (gescheiterte) Anträge von uns angeführt werden:

- Erhalt der Waisengärten als grüne Lunge der Altstadt und gärtnerischer Raum für einkommensschwache Einwohner,
- Sanierung der Schwimmhallen in Lankow und auf dem Großen Dreesch,
- Bau eines Gehweges in Görries (Schulzenweg),
- Ausweisung von Flächen für Hundewiesen im Stadtgebiet,
- Einführung einer gesonderten Hundestreife beim Kommunalen Ordnungsdienst.

Insgesamt betrachtet können wir eine positive Arbeitsbilanz vorweisen und konnten auch zahlreichen Bürgern bei der Wahrnehmung ihrer Rechte weiterhelfen.

Welche Ziele haben wir für Schwerin?

Unsere Wählergemeinschaft hat keine ideologische Prägung auf einzelne Zielstellungen. Wir legen nicht fest, welche wirtschaftlichen, sozialen oder umweltpolitischen Themen die Wichtigsten bei der Gestaltung des städtischen Gemeinwesens sind.

Für uns stehen die Bürger der Stadt im Mittelpunkt.

Sie bestimmen Inhalt und Form unseres kommunalpolitischen Mandats.

Uns geht es um ein Gestalten, um das Miteinander in und für Schwerin.

Unsere Themen und Ziele leiten wir allein von den verfassungsrechtlich verbrieften Rechten auf bürgerliche Mitwirkung, Mitgestaltung und Teilhabe ab. Jede städtische Entwicklung, die diesen Zielen dienlich ist und die insbesondere Bürgerrechte nicht unnötig beschneidet, findet unsere Unterstützung.

Wir fühlen uns dabei dem Gemeinwohl verpflichtet, allen Bürgerinnen und Bürgern. Den gerechten Interessenausgleich in einem transparenten Verfahren herbeizuführen – dies ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wir streben nach einer möglichst breiten Beteiligung und Mitwirkung der Einwohner dieser Stadt. Alle Maßnahmen und Projekte, die das Wir-Gefühl und die gemeinsame Verantwortung für unsere Stadt stärken, begrüßen und unterstützen wir mit aller Kraft.

Unsere Ziele für die Wahlperiode 2014 – 2019

1. **Bürgerrechte stärken!**

Entscheidungen von herausragender Bedeutung für das Gemeinwesen sollten zunehmend durch unmittelbare Beteiligung der Bürger getroffen werden. Wir plädieren für mehr direkte Einflussnahme durch Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen. Vorstellbar sind für uns Bürgerabstimmungen zum Beispiel zu den Fragen, wie die Überschüsse aus der Bundesgartenschau 2009 verwendet werden sollen oder aber, ob und ggf. welche Investitionen in der Stadt vorrangig umgesetzt werden. Aus Kostengründen sollten diese Abstimmungen nach Möglichkeit mit Wahlen zusammengelegt werden.

Angesichts der schwierigen Haushaltslage treten wir dafür ein, die Bürger der Stadt am Konsolidierungsprozess der Finanzen direkt zu beteiligen. Nur so kann unseres Erachtens Verständnis und Akzeptanz für Umschichtungen, Einsparmaßnahmen oder Einnahmeerhöhungen erreicht werden. Wir befürworten daher die Einführung eines Bürgerhaushaltes, bei dem jeder Einwohner eigene Vorschläge in den Prozess der Haushaltsaufstellung einbringen kann.

Die Ortsbeiräte erfüllen eine wichtige Funktion im Gemeinwesen. Wir treten weiterhin dafür ein, dass die den Stadtteilvertretungen zustehenden Rechte auch gewährt und nicht durch die Verwaltung missachtet werden.

Wir treten dafür ein, dass Ämter in der Verwaltung ausschließlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung im Wege einer Ausschreibung vergeben werden. Stellenbesetzungen nach Parteibuch oder Verwandtschaftsbeziehungen lehnen wir ab.

2. **Konsolidierung der Finanzen vorantreiben!**

Schwerin hat erhebliche Haushaltsprobleme. Deswegen muss der Haushaltsplanung und -ausführung besondere Bedeutung beigemessen werden. Der Haushaltsplan muss früher und mit ausreichenden Erläuterungen in die Gremien eingebracht werden.

Wir fordern Zielvereinbarungen für die Haushaltsverantwortlichen der Ämter, damit die Behördenleistung nachvollziehbar abgerechnet werden kann. Auch hier werden wir weiterhin auf mehr Transparenz und Verantwortlichkeit drängen.

Der Haushalt muss insbesondere durch Ausgabekürzungen ausgeglichen werden. Hierzu müssen alle Ausgabenbereiche ständig auf Erforderlichkeit und Angemessenheit geprüft werden.

Bei Einnahmensteigerungen durch Steuern sehen wir keine weiteren Spielräume. Insbesondere lehnen wir weitere Erhöhungen der Grundsteuer B ab.

Alle städtischen Betriebe – wie z.B. die Stadtwerke und die Wohnungsgesellschaft – müssen mittelfristig nennenswerte Beiträge zur Konsolidierung des Haushaltes leisten, wie es auch gesetzlich vorgesehen ist.

Wir plädieren dafür, Teile des Sparkassengewinns an den Stadthaushalt abzuführen. Daneben soll die Sparkassenstiftung fortgesetzt werden.

Das Forderungsmanagement der Stadt muss verbessert werden. Die Außenstände der Stadt müssen einerseits schneller beigetrieben werden. Andererseits muss verhindert werden, dass es zu Außenständen kommt, indem im Rahmen des Möglichen städtische Leistungen erst erbracht werden, wenn die Gebühren hierfür entrichtet wurden.

3. **Stringente Führung der kommunalen Betriebe sichern!**

Die Einrichtung einer Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung hat sich nach unserem Dafürhalten bewährt. Die Beteiligungen der Stadt müssen aber noch stärker auf Erforderlichkeit und Rentabilität geprüft werden. Insbesondere die Struktur der Stadtmarketing GmbH und der Bestand der FIT GmbH (belasso) müssen näher untersucht werden. Für die Zoo gGmbH ist eine gesonderte konzeptionelle Betrachtung erforderlich. Finanzielle Risiken einzelner Gesellschaften (z.B. Theater gGmbH) dürfen nicht zu Lasten des ohnehin angeschlagenen Stadthaushaltes gehen.

Der Stadtvertretung muss ein geeignetes Steuerungsinstrument für die Beteiligungen zur Verfügung gestellt werden. Die jährlichen Beteiligungsberichte sind in der Regel veraltet und insoweit ungeeignet, Fehlentwicklungen zeitnah zu erkennen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten.

Für die Geschäftsführer müssen einheitliche Rahmenarbeitsverträge gelten. Sonderversgütungen und –leistungen (wie hochwertige Dienstwagen oder Tantiemen) halten wir nicht für erforderlich.

Die Zufriedenheit der Mitarbeiter in den städtischen Betrieben ist eine wesentliche Voraussetzung für den Unternehmenserfolg. In den Betrieben sollte daher regelmäßig untersucht werden, ob die Unternehmensführung angemessen erfolgt.

Auch in den kommunalen Betrieben müssen Positionen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vergeben werden. Vetternwirtschaft und Missmanagement müssen konsequent bekämpft werden.

4. **Barrierefreiheit und Inklusion herstellen!**

Barrierefreiheit ist wichtig für alle in der Gesellschaft, egal ob für junge Familien mit Kinderwagen, Senioren oder Menschen mit einem Handicap. Barrieren müssen beseitigt werden, denn wir alle profitieren von der Barrierefreiheit.

Wir setzen uns für Barrierefreiheit und Inklusion im öffentlichen Raum unserer Landeshauptstadt ein. Inklusion bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in allen gesellschaftlichen Prozessen und zwar von Anfang an.

Wir haben uns regelmäßig für die Belange Schwerbehinderter eingesetzt. Wir möchten zu einem Zustand kommen, in dem jeder Teil der Verwaltung einschließlich der städtischen Betriebe von sich aus Barrierefreiheit und Inklusion umsetzt.

5. **Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit verbessern!**

Regeln für das Zusammenleben müssen nicht nur aufgestellt, sondern auch kontrolliert werden. Wir treten seit Jahren energisch für eine konsequente Kontrolle städtischer Rechtsvorgaben ein, sei es im Baurecht, im Straßenverkehrsrecht oder Allgemeinen Ordnungsrecht. Regelverstöße dürfen nicht zum Dauerzustand werden.

Wir fordern eine ausreichende Personalstärke für den unterbesetzten Ordnungsdienst. Ist dies nicht möglich, sollte geprüft werden, ob einzelne Bereiche des Ordnungsdienstes an private Dienstleister ausgegliedert werden können.

Hunde sind für viele Mitbürger wichtige Gefährten. Damit dies aber nicht zu Lasten der Allgemeinheit geht, müssen die wichtigsten Grundregeln der Hundehaltung eingehalten werden. Hierfür müssen die Pflichten, denen Hundehalter unterliegen (Steueranmeldung, Führen an der Leine, Beseitigung des Hundekotes), stärker als bisher durchgesetzt werden. Auf der anderen Seite sollten Hundewiesen ausgewiesen werden, um Tierhaltern, gerade in dicht bebauten Bereichen, Freilaufmöglichkeiten für ihre Hunde zu geben.

In Schwerin sollte – wie in anderen Städten – durch gezielte Maßnahmen das Beschmieren von Wänden mit Graffiti für die Täter unattraktiv gemacht werden.

Geschwindigkeitsbeschränkungen dienen der Sicherheit aller Bürger. Gerade in Wohngebieten und vor Bildungs- und Betreuungseinrichtungen müssen diese kontrolliert werden.

Der Winterdienst der Stadt muss verbessert werden. Die private Räum- und Streupflicht muss sichergestellt werden, um gerade auch Menschen mit

Bewegungseinschränkungen ganzjährig die Nutzung aller Straßenbereiche zu ermöglichen.

Das bestehende Parksystem muss überprüft werden. Wir lehnen weitere Anwohnerparkzonen ab, da diese das Parkproblem nicht beseitigen, sondern nur verlagern. Der Nahverkehr muss in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und den Verkehrsverbänden sinnvolle Park & Ride-Angebote unterbreiten.

Bei der Straßenbeleuchtung müssen fehlende und defekte Leuchten baldmöglichst ersetzt werden. Die Kosten der Beleuchtung sollen im Gegenzug durch den Einsatz neuer Technologien gesenkt werden. Abschaltungen von Straßenbeleuchtung in Wohngebieten lehnen wir aus Sicherheitsgründen ab.

6. Familienfreundlichkeit ausbauen!

Schwerin bietet mit seinem hohen Grad an Betreuungs- und Bildungsangeboten sowie durch vielfältige Freizeitmöglichkeiten auf dem Gebiet von Sport und Kultur gute Lebensbedingungen für Familien. Dennoch gibt es noch Steigerungsmöglichkeiten, um Familienfreundlichkeit zu erreichen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass bei allen städtischen Maßnahmen die Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien mit Kindern geprüft werden, bevor Beschlussvorlagen in die Stadtvertretung kommen.

Für die Stärkung des lokalen "Bündnisses für Familie" halten wir es für erforderlich, eine Koordinierungsstelle in der Stadtverwaltung einzurichten und die Netzwerkarbeit nicht allein dem ehrenamtlich arbeitenden Seniorenbüro zu übertragen.

Wir werden darum werben, dass alle städtischen Unternehmen dem Netzwerk "Bündnis für Familie" beitreten.

Wir treten dafür ein, dass Angebote für Randzeitenbetreuung in der Stadt geschaffen werden, um die in besonderem Maße auf flexible Angebote angewiesenen Beschäftigten zu unterstützen.

Wir fordern, dass die Wohnungsunternehmen ihren Verpflichtungen zur Einrichtung von Spielplätzen in Großwohnanlagen nachkommen und dass hierbei die Familien mit einbezogen werden.

7. Vielfältiges Kultur- und Sportleben finanzieren!

Wir bekennen uns zu einem leistungsfähigen Mecklenburgischen Staatstheater. Damit dies aber auf Dauer erhalten werden kann, ist mit Hilfe des Landes eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen. Hierbei werden Einschränkungen des Angebotes nicht verhindert werden können. Die Sommerfestspiele als wesentlicher Teil des Theaters müssen neu – insbesondere auch für breitere Zielgruppen - ausgerichtet werden. Die Intendanz und weitere frei werdende Leitungspositionen müssen zügig ausgeschrieben werden.

Das Filmkunstfest muss als wichtige überregionale Veranstaltung erhalten und aus dem Stadthaushalt weiterhin maßvoll bezuschusst werden.

Das Schleswig-Holstein-Haus verursacht bei geringen Besucherzahlen hohe Kosten und muss daher zügig neu ausgerichtet werden. Ist dies auf Dauer nicht möglich, sollte eine Ausgliederung an Private erwogen werden.

Das Mecklenburgische Volkskundemuseum leidet ebenfalls unter deutlich zurück gegangenen Besucherzahlen. Auch hier ist eine strategische Neuaufstellung dringend geboten.

Der „Speicher“ ist ein wichtiges Zentrum des Schweriner Kulturlebens. Um diese Einrichtung aber auf Dauer betreiben zu können, muss sie wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen. Ist dies nicht möglich, sollte auch hier eine Ausgliederung auf einen privaten Betreiber erwogen werden.

Volkshochschulen wurden ursprünglich als reine schulische Bildungsstätten gegründet. Neben dieser wünschenswerten Betätigung hat sich aber die Schweriner Volkshochschule immer mehr zu einer Konkurrenz privater Dienstleister in den verschiedensten Bereichen entwickelt, ohne kostendeckend zu arbeiten. Das Angebot der Volkshochschule muss daher auf seine Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hin untersucht werden.

Sport stiftet Gemeinsinn und Zusammengehörigkeitsgefühl. Spitzen- und Breitensport müssen gleichermaßen und ausgewogen gefördert werden. Dazu gehört für uns die weitere Sanierung der kommunalen Sportflächen und –anlagen.

Die Gebühren für die Nutzung von Sportstätten müssen maßvoll ausgestaltet sein und dürfen einzelne Träger von Sportangeboten nicht über Gebühr belasten.

8. **Tourismusmarketing verbessern!**

Die Stadtmarketing GmbH unternimmt vielfältige Anstrengungen, um den Tourismusstandort Schwerin attraktiv zu gestalten. Dennoch ist eine Stagnation der Übernachtungszahlen und eine schwierige Situation im Hotelgewerbe festzustellen. Wir sehen erhebliches Entwicklungspotential, insbesondere im Bereich des Familien-, Wohnmobil-/Caravan-, Wasser- und Radtourismus.

Wir sprechen uns dafür aus, ein separates, regional ausgerichtetes Tourismusmarketing unter Einbeziehung aller daran Beteiligten, z.B. der Umlandgemeinden, der Vereine und der sonstigen privaten Kräfte, zu installieren.

Eine institutionenübergreifende Veranstaltungskoordination ist seit Jahren überfällig und muss endlich installiert werden.

9. **Effektive Verwaltung sicherstellen!**

Die Verwaltung muss hinsichtlich der Standorte und Stellenanzahl weiter an die sinkenden Einwohnerzahlen angepasst werden. Dezentrale und damit teurere Unterbringungslösungen als im Stadthaus (z.B. Kulturbüro, Zulassungsstelle) müssen auf den Prüfstand gestellt werden.

Maßvolle Stellenanpassungen sind für uns kein Tabu.

Der Austritt aus dem kommunalen Arbeitsgeberverband wäre, bei sich weiter verschärfender Haushaltslage zu prüfen.

Wir treten für eine effizientere Aufgabenwahrnehmung durch die Verwaltung ein. Die Oberbürgermeisterin setzt unseres Erachtens häufig die falschen Prioritäten, so dass beispielsweise der Kommunale Ordnungsdienst nicht einmal mehr seinen Pflichtaufgaben nachkommen kann. Die Zusammenarbeit mit dem Umland muss intensiviert werden. Wir leben in einer Region und können uns keine Kirchturmpolitik leisten.

10. **Abfallsystem umstellen!**

Die Schweriner Haushalte haben inzwischen bis zu vier verschiedene Mülltonnen mit teilweise unterschiedlichen Abfuhrterminen. Wir fordern nach holländischem Vorbild die Einführung einer Einheitstonne, deren Inhalt in einer modernen Aufbereitungsanlage vollautomatisch getrennt wird.

Wir setzen uns für den Erhalt der zentralen Wertstoffsammelplätze ein. Eine Abschaffung dieser Sammelstellen darf es nur im Ausnahmefall und mit vorheriger Zustimmung der Ortsbeiräte geben.

11. **Staatliche Bildungs- und Betreuungsangebote ausbauen!**

Staatliche Schulen dürfen durch weiteren Aufwuchs des Sanierungsstaus nicht von der Entwicklung abgehängt werden. Die Stadt muss daher alles tun, um die städtischen Schulen, ggf. unter Ausnutzung von Förderprogrammen, verstärkt zu sanieren.

Wir setzen uns für eine Sanierung des Goethegymnasiums ein.

Wir setzen uns für die Schaffung innenstadtnaher Hortangebote, insbesondere für einen zentralen Cityhort ein.

12. **Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen!**

Wirtschaftsförderung ist für uns unverzichtbar. Besondere Aufmerksamkeit verdienen geplante Ansiedlungen, wenn damit die Schaffung von Arbeitsplätzen einhergeht.

Städtische Angebote dürfen keine Konkurrenz zur Privatwirtschaft darstellen. Insofern sind alle Betätigungen der städtischen Betriebe einzustellen, wenn dieselbe Leistung von privaten Dienstleistern ebenso gut erbracht werden kann.

13. **Seen schonend nutzen und Umwelt bewahren!**

Wir lehnen unnötige (und oftmals teure) Eingriffe in die Natur - wie den Bootssteg in der Schlossbucht - ab.

Für die touristische wie umweltschonende Nutzung der Schweriner Seen ist die Einrichtung einer Wassertankstelle dringend erforderlich.
Die Deponien Finkencamp und Schelfwerder müssen saniert werden, bevor sie die Umwelt belasten können.

Die Problematik von Altmunition, insbesondere im Ziegelsee, muss unter Mithilfe des Bundes maßvoll gelöst werden.

14. **Allen Altersgruppen gerecht werden!**

Wir setzen uns für bezahlbares Wohnen für alle Gesellschaftsschichten ein. Dies betrifft sowohl günstige und barrierefreie Wohnungen für Senioren, aber auch bezahlbares Bauen für junge Familien, damit diese nicht ins Umland abwandern.

Wir fordern, dass Mehrfamilienhäuser für das Projekt „Wohnen der Generationen“ bereitgestellt werden.

Im Rahmen des Wandels unserer Stadt ist es notwendig, frühzeitig Maßnahme in neuen sozialen Brennpunkten zu ergreifen anstatt bereits bestehende Angebote in Stadtvierteln zu erhalten, wo es keine oder nur noch geringe Nachfrage gibt.

15. **Stillstand in Stadtrandbereichen verhindern!**

Die bisherige Konzentration vieler Infrastrukturmaßnahmen in der Innenstadt und in wenigen anderen Stadtvierteln hat dazu geführt, dass Stadtrandviertel (Mueß, Görries, Zippendorf) teilweise vernachlässigt werden. Wir fordern eine verstärkte Förderung dieser Stadtrandbereiche.

16. **Radinfrastruktur ausbauen!**

Radfahren ist gesund und umweltschonend. Wir setzen uns für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur ein und fordern zugleich die Sanierung beschädigter Radwege. Bei Baumaßnahmen im öffentlichen Raum sind die Belange des Radfahrens besser zu beachten. Sie müssen von vornherein in die Planung einbezogen werden.

Zudem ist es wichtig, das Fahrrad als Verkehrsmittel durch die Verwaltung positiv zu bewerben.

Zusammenfassung:

1. Wir „Unabhängige Bürger“ sind eine Wählergemeinschaft, die derzeit in Fraktionsstärke in der Schweriner Stadtvertretung vertreten ist. Politik nach Parteibuch lehnen wir ab – für uns ist bei der Lösung der städtischen Probleme der gesunde Menschenverstand entscheidend. Mit einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen haben wir in den letzten Jahren die Schweriner Kommunalpolitik für die Bürger positiv beeinflusst.
2. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Bürger verstärkt in die Kommunalpolitik einbringen können. Hierzu gehören z.B. die Einführung eines Bürgerhaushaltes und die Möglichkeit von Bürgerentscheiden zu wesentlichen Fragen.
3. Für die Zukunft unserer Stadt ist es notwendig, den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Neben einer strikten Ausgabenbegrenzung müssen in Zukunft die städtischen Betriebe Beiträge an den Haushalt der Stadt abführen, wie es auch gesetzlich vorgesehen ist. Zudem ist es erforderlich, dass die Stadt Außenstände gar nicht erst entstehen lässt und bestehende zügig eintreibt.
4. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind wichtig für ein gedeihliches Zusammenleben. Hierfür müssen bestehende Regelungen konsequenter durchgesetzt werden. Der Ordnungsdienst muss wieder in einer sinnvollen Stärke betrieben und der Winterdienst verstärkt werden.
5. Wir setzen uns weiterhin für ein familienfreundliches Schwerin ein. Hierzu ist es u.a. notwendig, das bisher ehrenamtlich arbeitende „Bündnis für Familie“ in die Verwaltung einzugliedern und alle kommunalen Betriebe für eine Mitarbeit zu gewinnen. Wir fordern, dass die Wohnungsunternehmen ihren Verpflichtungen zur Einrichtung von Spielplätzen in Großwohnanlagen nachkommen.
6. Die städtischen Betriebe müssen konsequent geführt und auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Gehälter und Vergünstigungen für die Geschäftsführer sind auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen. Die Zufriedenheit der Mitarbeiter ist uns wichtig. Arbeitsplätze sind nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu besetzen; Parteibuch- und Vetternwirtschaft muss aufhören.
7. Schwerbehinderte und andere Personengruppen mit Mobilitätseinschränkungen (z.B. Senioren) bedürfen unserer verstärkten Unterstützung. Barrierefreiheit und Inklusion müssen in allen Bereichen der Stadt erreicht werden.
8. Wir bekennen uns zu einem vielfältigen Kulturangebot in der Stadt. Um dieses aber dauerhaft betreiben zu können, ist die Neuausrichtung einzelner Einrichtungen unvermeidlich. Die Notwendigkeit einzelner Angebote und ggf. ihre Ausgliederung an Private sind zu prüfen.

9. Die Bemühungen der Stadt um mehr Touristen – insbesondere die Zielgruppen Familien, Radfahrer, Wassersportler – müssen verstärkt werden. Es muss gelingen, die Übernachtungszahlen und die Dauer der Aufenthalte zu steigern.
10. Die Verwaltung muss hinsichtlich der Standorte und Stellenanzahl weiter an die sinkenden Einwohnerzahlen angepasst werden. Hierzu gehören auch Kooperationen mit anderen Verwaltungsträgern und dem Umland.
11. Im Abfallbereich setzen wir uns für eine Verringerung der verschiedenen Abfuhrsysteme ein. Zentrale Sammelstellen für Wertstoffe sollten erhalten bleiben.
12. Umwelt und Seen sind unser Kapital. Sie sind schonend zu behandeln; möglichen Gefahren aus Munitionsresten und alten Deponien muss rechtzeitig begegnet werden.
13. Wir sprechen uns dafür aus, die staatlichen Schulen verstärkt zu sanieren. Innenstadtnahe Hortmöglichkeiten sind wichtig und müssen sichergestellt werden.
14. Wir setzen uns für bezahlbares Wohnen für alle Gesellschaftsschichten ein. Dies betrifft günstige Wohnungen für Senioren, aber auch bezahlbares Bauen für junge Familien, damit diese nicht ins Umland abwandern.
15. Die bisherige Konzentration vieler Baumaßnahmen in der Innenstadt und in wenigen anderen Stadtvierteln hat dazu geführt, dass insbesondere Stadtrandviertel (z.B. Mueß, Görries, Zippendorf) vernachlässigt werden. Wir fordern eine verstärkte Förderung dieser Bereiche.
16. Radfahren ist gesund und umweltschonend. Wir setzen uns für den Ausbau der Radinfrastruktur ein und fordern zugleich die Sanierung beschädigter Radwege.